

Verleihung des Preises des Historischen Kollegs am 5. November 2010 in
München in der Bayerischen Akademie der Wissenschaften an
Christopher Clark

Festvortrag von Christopher M. Clark

PREUSSENBILDER IM WANDEL

ANREDEN!

Es soll heute Abend um Preußen gehen, aber zuallererst möchte ich meine tiefe Dankbarkeit aussprechen, der Alfred und Cläre Pott Stiftung für die Dotierung des Preises, den Kolleginnen und Kollegen vom Kuratorium und von der Auswahlkommission und dem Historischen Kolleg für das herrliche Ereignis heute Abend in München. Die großzügige Anerkennung dieser hochgeschätzten Kollegen ist mir eine große Ehre, um so mehr da ich in der Liste der früheren Preisträger einige Namen erkenne, die mein eigenes Schaffen als Historiker schon immer begleitet und geleitet haben. Ganz besonders möchte ich mich auch bei den engagierten und sympathischen Menschen von der DVA –Thomas Rathenow, Heike Specht und Markus Desaga um nur einige zu nennen – bedanken, denn um mit dem Historiker Olaf Blaschke zu sprechen ‚Verleger machen Geschichte‘. In meinem Fall wäre dies auch ohne die Hilfe der Übersetzer – Richard Barth, Norbert Juraschitz und Thomas Pfeiffer – gar nicht möglich gewesen; auch ihnen dank ich ganz herzlich für ihren Einsatz.

Dank gebührt auch – und vielleicht vor allem – den Preußenhistorikern und Preußenhistorikerinnen an den deutschen und nichtdeutschen Universitäten, denn wer das Gebiet der preußischen Geschichte betritt, wird von einer der reichsten und interessantesten historiographischen Traditionen der Welt begleitet und unterstützt. Und damit meine ich nicht nur die heutigen, die unser Bild vom alten Preußen in den letzten zwanzig Jahren so vielfältig vertieft, verändert und bereichert haben, sondern auch die toten Kollegen die uns noch durch ihre Bücher so lebendig ansprechen: Reinhard Koselleck, Gordon Craig, Otto Hintze, Carl Hinrichs, Johann Gustav Droysen, Heinrich von Sybel, Leopold von Ranke und viele andere mehr.

Ganz besonders ehrt mich dieser Preis als Australier. So gänzlich ohne gegenseitige Verbindungen und Wahlverwandtschaften wie manche vielleicht denken, sind Preußen und Australien nicht. Einer unserer größten Entdeckungsreisenden, Ludwig Leichhardt, stammte aus dem winzigen Ort Sabrodt nah an der Spree in Brandenburg. Im Jahre 1848, nach drei immensen Forschungsreisen durch den noch weitgehend unbekannten australischen Kontinent, starb Leichhardt irgendwo in der Simpsonwüste – seine Überreste sind bis heute nicht gefunden worden. Der Brandenburger Leichhardt war erfüllt von einer leidenschaftlichen Neugier nach meiner Heimat – er war nicht der letzte Deutsche, der von der Australophilie befallen wurde. Und die vielfältigen Verbindungen der Vergangenheit spiegeln sich wider in der Gegenwart. Wie viele meiner gleichaltrigen Landsleute bin ich mit einer nagenden Neugier nach dem alten Europa aufgewachsen. Historiker besitzen ja das große Privileg, ihre Neugier auf dem Berufsweg stillen zu dürfen.

Und es hat sich übrigens bald herausgestellt, dass es keineswegs ein Nachteil ist, Ausländer zu sein, wenn man sich mit dem umstrittenen Thema Preußen befasst. ‚Du darfst so was schreiben‘, sagte mir ein befreundeter deutscher Kollege. ‚Wir dürften es nicht‘. Man genießt also einen Ausländerbonus und damit ein gewisses Maß an Narrenfreiheit. Ich deute die Verleihung dieses deutschen Preises an einen in Großbritannien lehrenden australischen Historiker jedoch vor allem als ein Indiz der Offenheit und der Großzügigkeit der deutschen Zunft und der deutschen Öffentlichkeit gegenüber den Stimmen, die von außerhalb kommen – eine Offenheit, die in der heutigen Welt keine Selbstverständlichkeit ist. Auch dafür bin ich dankbar.

Wer sich allerdings in München mit Preußen befasst, bewegt sich auf heiklem Terrain. München wurde nach der Gründung des Deutschen Reiches zu einer fruchtbaren, kreativen und nie versiegenden Quelle der Preußenkritik. Das hatte zum Teil mit der herrlichen alten Tradition des deutschen Partikularismus zu tun, zum Teil mit der Verschiebung der Machtverhältnisse vor und nach der Gründung des neuen Reiches und zum Teil auch mit dem verletzenden, selbstherrlichen Ton der protestantischen preußischen Publizistik – vor allem in den heißen Jahren des Kulturkampfes, als der Angriff des preußischen Staates auf die Institutionen und das Personal der katholischen Kirche zu einer tiefen Verfremdung der deutschen Katholiken führte. Jedenfalls war das Verhältnis zwischen Bayern und Preußen immer

(milde gesagt) von einer gewissen kritischen Distanz geprägt: niemand hat den Typus ‚Junker‘ so treffsicher persifliert wie die Münchner Satiriker. In den Seiten des Simplicissimus erscheint der Junker als eitler Taugenichts, gezwängt in seine enge Uniform, steif, mit ausdrucksloser Miene und glänzendem Monokel – ein eingebildeter Ignorant, der ‚Charles Dickens‘ für ein Rennpferd und ‚Matrikulation‘ für einen jüdischen Feiertag hält. Ja, dieser Typus wurde in München so treffsicher und genussreich persifliert, dass es in Preußen manchen Junker gab, der dem Münchner Spottbild eifrig nachlebte.

Diese Preußenkritik hat für Bayern gute politische und kulturelle Arbeit geleistet, und spielte sicherlich auch als innerdeutscher Diskurs eine identitätsstiftende Rolle. Aber dann kamen die Katastrophen des zwanzigsten Jahrhunderts: zwei Weltkriege, eine epochale politische Entgleisung, die das Bild Preußens in der Erinnerung tief geprägt und belastet haben. Vor allem war es die Vermutung, Preußen oder preußische Faktoren hätten in der Herstellung und Befestigung der nationalsozialistischen Diktatur eine vorbereitende Rolle gespielt, die einen langen Schatten über die Geschichte Preußens warf. Diese Vermutung schien durch die Äußerungen der führenden Nazis belegt zu sein. ‚Der Nationalsozialismus‘ erklärte Joseph Goebbels in einer Wahlkampfrede im April 1932 ‚darf mit Fug und Recht von sich behaupten dass er Preußenthum sei‘. Wo immer die Nationalsozialisten auch stehen würden, meinte Goebbels, in ganz Deutschland wären sie die Preußen. Der Mythos vom Nationalsozialismus als die Erfüllung, sozusagen die Endstation, der preußischen Geschichte war ein Hauptthema der Propaganda des Dritten Reiches. Er setzte sich im Laufe des Zweiten Weltkrieges auch bei den westlichen Alliierten durch. Schon im Dezember 1939 erklärte der britische Außenminister Anthony Eden in einer öffentlichen Rede: ‚Hitler ist ja im Grunde genommen gar nicht so einzigartig. Er ist nur der jüngste Ausdruck des Eroberungsgeistes des preußischen Militärs‘. Denselben Gedanken finden wir in der berühmten Präambel zum Gesetz Nr. 46 des Alliierten Kontrollrats im Februar 1947: ‚Der Staat Preußen, der seit jeher Träger des Militarismus und der Reaktion in Deutschland gewesen ist [...wird...] hiermit aufgelöst‘.

War Preußen in der Tat, wie Winston Churchill es im September 1943 im britischen Parlament plakativ formulierte, ‚der Ursprung [einer deutschen] Krankheit, die stets

neu ausbricht‘? War der deutsche Sonderweg – dieser vermeintliche Irrweg in eine autoritäre Moderne – vielleicht eher preußisch als deutsch? Die These des deutschen Sonderwegs bezog sich, wenn man sie näher untersucht, im Kern eigentlich schon immer vorrangig auf Preußen. Bereits im 19. Jahrhundert, als die Idee eines besonderen, deutschen, nationalen Weges durchaus positiv belegt war, war der Bezugsrahmen der Argumente implizit *preußisch* – ob man jetzt von der Hochstilisierung des Staates zum Träger des Fortschritts sprach, oder von der sogenannten geopolitischen ‘Mittellage’ als Grundlage und Rechtfertigung einer spezifisch deutschen politischen Kultur.

Vielen Analysen der neueren deutschen Geschichte – vor und nach 1945 – lag die Vorstellung zugrunde, dass Deutschland in zwei Teile zerfalle, das liberale, weltoffene und friedfertige West- und Süddeutschland auf der einen Seite und das reaktionäre, militaristische Nordostdeutschland auf der anderen. Einer der ersten und einflussreichsten Deuter dieser Problematik war der amerikanische Soziologe Thorstein Veblen. In seiner Studie zur deutschen Industriegesellschaft, die 1915 zuerst veröffentlicht und 1939 (wohlgemerkt!) neu aufgelegt wurde, vertrat Veblen die Ansicht, in Deutschland habe ein einseitiger Modernisierungsprozess eine Verzerrung der politischen Kultur bewirkt. Der ‚Modernismus‘ [so seine Bezeichnung für das, was wir wohl Modernisierung nennen würden] habe zwar zu einer völligen Umgestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse geführt, das Gefüge des Staatswesens jedoch nur relativ geringfügig verändert. Veblen führte dies auf den Fortbestand eines im Wesentlichen vormodernen preußischen ‘Territorialstaates’ zurück. Die Geschichte dieses preußischen Staates sei eine nahezu ununterbrochene Abfolge von Angriffskriegen gewesen. Dadurch sei eine politische Kultur entstanden, die von einer extremen Untertanenmentalität geprägt war, denn – so Veblen – [ich zitiere jetzt:] ‚der Einsatz im Krieg, der den Gehorsam gegenüber einem Vorgesetzten und die Ausführung willkürlicher Befehle erfordert, führt zu einer Haltung der begeisterten Unterwürfigkeit und des blinden Gehorsams‘.

Es ist erstaunlich, wie viele Aspekte der ‚Sonderwegstheorie‘, die in der deutschen Geschichtswissenschaft der späten 1960er und 1970er Jahre eine so einflussreiche Rolle spielen sollte, von Veblen vorweggenommen wurden. Und diese Gedanken sind durchaus noch heute lebendig, sowohl in der historischen Zunft wie auch in der

breiteren Öffentlichkeit. In einem klug argumentierten Aufsatz in der Zeitschrift Geschichte und Gesellschaft plädiert zum Beispiel der in Berlin forschende Historiker Hartwin Spenkuch für die These eines preußischen Sonderwegs. Ein Hauptmerkmal dieses Sonderwegs wären die ungebrochenen Vormachtstellungen der alten preußischen Eliten, insbesondere der junkerlichen Gutsherren Ostelbiens, in Verwaltung, Militär und Agrargesellschaft, weit über das Zeitalter der großen europäischen Revolutionen hinaus. Das Endergebnis war, Spenkuch zufolge, eine fatale 'Diskrepanz zwischen der sozialökonomischen Entwicklung [auf der einen Seite] und einer defizitären politischen Modernität' auf der anderen. Das eigentümliche Militärsystem Preußens sei ein weiteres Kennzeichen dieses Sonderwegs gewesen. Die preußische Gesellschaft sei von einem Militarismus geprägt gewesen, der in Intensität und antidemokratischer Ausrichtung alle vergleichbaren Erscheinungen anderer europäischer Länder weit hinter sich ließ.

Diese Argumente haben eine lange Tradition. Nun ist aber die Tatsache, dass eine Idee schon lange bestanden hat, ja an sich kein Grund, sie zu verwerfen. In Cambridge müssen wir unsere Studenten immer wieder daran erinnern, dass die neuesten Argumente nicht *ipso facto* auch die Besten sind. Es fällt jedoch auf, dass die jüngste Rehabilitierung der Sonderwegstheorie als spezifisch preußisches Phänomen den Tendenzen der neueren Forschung entgegenstrebt.

Ein Blick auf die einschlägige Forschung der letzten zwanzig Jahre zeigt, an wie vielen Stellen die Mauern der alten historiographischen Festungen bereits untergraben worden sind. Preußens ostelbische Agrarverfassung, seine junkerlich-patrimoniale Gerichtsbarkeit, seine ständischen Vertretungsorgane, der Siegeszug der ‚Restauration‘ und später der ‚Reaktion‘ im neunzehnten Jahrhundert, sein Ruf als Wiege eines besonders virulenten Militarismus – diese und andere *idées reçues* der Sonderwegstheorie wurden in den letzten Jahren von der Preußenforschung näher untersucht und in Frage gestellt.

Nehmen wir zum Beispiel die Junker – jene adeligen Grundbesitzer Ostelbiens – hier haben wir es mit einem der vermeintlichen Eckpfeiler preußischer Eigentümlichkeit zu tun. Angeblich waren es nämlich vor allem die Gutsherrschaften des ländlichen Ostelbiens, die für die bedenklichsten Fehlentwicklungen des preußischen Weges verantwortlich waren. Der große Sozialhistoriker Hans Rosenberg sprach von

‚Lokaltyrannen‘ die darin geübt waren, ‚respektlosen‘ und ‚ungehorsamen‘ bäuerlichen Leibeigenen ‚den Rücken auszupeitschen, ins Gesicht zu schlagen und Knochen zu brechen.‘ Für die Mehrzahl der preußischen Untertanen bedeutete diese Tyrannei der Junker ‚erbärmlichste Armut‘ und ‚moralische Zerrüttung‘, doch sie waren, mit den Worten eines anderen Historikers, ‚zu sehr unterjocht, um zu revoltieren‘.

Heute sehen die Junker und ihre Untertanen aber ganz anders aus. Die ostelbischen Großgrundbesitzer erscheinen heute weniger als ‚Lokaltyrannen‘ denn als vielfach geplagte Arbeitgeber, die sich oft nur mit Mühe gegen eine selbstbewusste und einfallsreiche Bauernschaft durchsetzen konnten. Die Ländereien der Junker gelten nicht mehr als nachlässig geführte Getreidemonokulturen, sondern als komplexe Agrarunternehmen, die mit beträchtlichen Betriebskosten einhergingen und hohe Investitionen erforderten. Die Frondienste – also die Arbeitspflichten der untertänigen Bauern – werden heute nicht mehr als feudalen Zwang, sondern als Pachtleistung, quasi als Miete, angesehen. Und die preußischen Bauern sind auch nicht mehr jene abgestumpften bevormundeten Untertanen, die sie einst waren. Inzwischen betont man ihre beeindruckende Fähigkeit zu Widerstand und konzertiertem Handeln und ihr sehr ausgeprägtes Gedächtnis für die gewohnheitsmäßigen Grenzen ihrer Arbeitspflichten. Wirtschaftlich ging es den preußischen Bauern auch nicht so schlecht wie früher behauptet wurde – dem Durchschnittsbauern auf einem preußischen Hof ging es sogar wahrscheinlich erheblich besser als seinen west- und süddeutschen Standesgenossen.

Auch im Bereich der preußischen Militärgeschichte ist es zu einem regelrechten Revisionsschub gekommen. Früher sprach man von einem altpreußischen ‚Militärsystem‘, in dem die Strukturen des Heeres schon im achtzehnten Jahrhundert nahtlos mit denen des adeligen Landguts verschmolzen. Die Folge sei eine tiefgreifende Militarisierung der brandenburg-preußischen Gesellschaft gewesen. Aber die neue Militärgeschichtsschreibung Preußens zeichnet ein ganz anderes Bild. Das kantonale Rekrutierungssystem des 18. Jahrhunderts war pragmatisch und flexible, bedingt durch weitreichende Eximierungen, also sozial begründete Befreiungen vom Militärdienst – die sogenannten ‚eximierten Klassen‘ mussten gar nicht dienen. Das Garnisonsmilieu war alles andere als abgeschottet gegen die zivile

Gesellschaft; Soldaten in Kasernen wurden oft von ihren Frauen und Kindern begleitet, der aktive Dienst nahm nur einen kleinen Bruchteil des Jahres in Anspruch. Es kam also zu einer weitreichenden Militarisierung des Staates, aber nicht unbedingt zu einer Militarisierung der Gesellschaft.

Im wilhelminischen Zeitalter kam es dann in Preußen aber doch, so die einst gängige Ansicht, zur Entstehung einer einmalig intensiven Kombination von sozialem und politischen Militarismus. Aber auch hier ist ein ganz anderes Bild entstanden. Der preußische Militarismus wird zwar als historischer Faktor nicht verleugnet, erscheint jedoch als Variante eines europäischen Phänomens. Der wilhelminische Militarismus war ein sozial gebrochenes Phänomen, in dem sich elitäre und populäre Elemente gegenüberstanden. Er war auch gesamtgesellschaftlich nicht so dominant, wie früher behauptet wurde. Man denke ja an den Fall des vorbestraften Stadstreichers Friedrich Wilhelm Voigt, der als ‚Hauptmann von Köpenick‘ in die Geschichte einging. Im Laufe der zweiten Oktoberwoche 1906 kaufte sich Voigt aus Trödeläden in Potsdam und Berlin peu à peu die Uniform eines Hauptmanns des 1. Garderegiments, nahm eine Anzahl von ahnungslosen Wachsoldaten unter sein Kommando, fuhr in der S-Bahn nach Köpenick (wobei der Hauptmann seine Mannschaft unterwegs reichlich mit Bier versorgte) marschierte in das Köpenicker Rathaus und befahl die dortigen Beamten, ihm den Inhalt der Geldkassette auszuhändigen. Das Geld wurde überreicht, der ‚Hauptmann‘ verschwand.

Auf einer Ebene war diese Episode gewiss eine Parabel über die Macht einer Uniform. Der arme Voigt war eine eher unscheinbare Gestalt – es war, wie ein Journalist kommentierte – die Uniform selbst und nicht die wettergegerbte Erscheinung an der sie hing, die den Coup gelingen ließ. Aber die eigentliche Faszination der Sache liegt in ihrer Ambivalenz. Voigts Abenteuer begann nämlich mit Gehorsam, endete jedoch mit Gelächter. Als der Zapfenstreich bekannt wurde, wurde der ‚Hauptmann‘ von der Presse bejubelt, und nicht nur von der sozialdemokratischen. ‚Hauptmann von Köpenick Sympathie-Postkarten‘ wurden an den Straßenecken Berlins in Tausenden verkauft; es entstand um ihn ein regelrechter Heldenkult. Diese unverhoffte Beliebtheit nutzte Voigt nach seiner frühzeitigen Entlassung aus der Haft sehr geschickt aus. Er trat in einem Passagenpanoptikum in Berlin-Mitte öffentlich auf; er ging auf Tour nach Dresden, Wien und Budapest, wo er

bereits eine Celebrity war, und später nach Kanada und Amerika. Kein Wunder, das der sozialdemokratische Publizist und Historiker Franz Mehring in diesem Streich eine Katastrophe, ‚ein zweites Jena‘, für das preußische Militär sah.

Auch im Bereich der *politischen* Geschichte Preußens im neunzehnten Jahrhundert ist es in den letzten Jahren zu einer bemerkenswerten Verlagerung der Perspektiven gekommen. Die neuesten Darstellungen betonen das Fortschritts-Potenzial im preußischen Staatsapparat – auch nach der konservativen Wende im Jahre 1819. Überhaupt erscheint der preußische Staat weniger als Behördenaggregat und mehr als Ort der gesellschaftlichen Interaktion, als ‚gesellschaftliche Agentur‘, um einen Begriff Wolfgang Neugebauers aufzunehmen.

Spätestens aber seit den 1890er Jahren müsste es doch richtig sein, von einem preußischen Sonderweg zu sprechen – denn in diesen Jahren kam es in den süddeutschen Staaten zu einer Welle von demokratischen Wahlrechtsreformen; Preußen hingegen blieb bei seinem alten plutokratischen Dreiklassenwahlrecht bis zum Zusammenbruch des Kaiserreichs im Jahre 1918. Einst gepriesen von John Stuart Mill als wahrhaft liberale Antwort auf die Unwägbarkeiten der modernen Massenpolitik, wurde das Dreiklassenwahlrecht um die Jahrhundertwende zu einem Symbol preußischer Rückständigkeit.

Aber selbst wenn man das Sonderweg-Argument auf diese relativ kurze Zeitspanne – 1890 bis 1918 – beschränkt, ist es immer noch problematisch und zwar nicht nur, weil der Sonderweg von der Annahme eines westeuropäisch-amerikanischen Normalweges ausgeht, der heute nicht mehr haltbar scheint, sondern auch, weil die neuere Forschung – in Deutschland sowie in der angloamerikanischen Welt – den dynamischen Charakter der politischen Kultur im wilhelminischen Preußen betont hat, die unaufhaltsame Ausbreitung der politischen Partizipation, die Entstehung, trotz aller verfassungsmäßiger Schranken, eines politischen Massenmarktes. Zwar sind nicht alle politischen Mobilisierungen fortschrittlich gewesen. Aber die SPD und das katholische Zentrum – beide große Meister in Sachen Massenmobilisierung und beide durchaus preußenzentrierte Parteien – gehören doch wiederum gewiss aus heutiger Sicht zu den großen politischen Erfolgsgeschichten des Kaiserreichs. Das sind zukunftssträchtige Bewegungen gewesen, die in der späteren politischen Integration Europas und in der Entstehung des modernen Sozialstaates eine unentbehrliche Rolle

gespielt haben. Ihre historische Bedeutung wird eben nicht durch die Zäsur 1933 erschöpft.

Eine gravierende Eigentümlichkeit des preußischen Staatswesens muss jedoch zugestanden werden, nämlich die preußische Militärverfassung. Die versäumte Integration der zivilen und militärischen Entscheidungsvollmachten war ein maßgeblicher Mangel der preußischen Verfassung von 1848/50. Im Zuge der 48er Revolution wurde der Staat konstitutionalisiert, ohne dass die Monarchie entmilitarisiert wurde. Diese Fehlentwicklung wurde zu einem verhängnisvollen Vermächtnis für das deutsche Kaiserreich. Die preußische Armee blieb eine Prätorianergarde unter der Kommandogewalt des Königs, weitgehend abgeschirmt von jedweder parlamentarischen Überwachung. Die Exekutivorgane des deutschen Militärs blieben ihrerseits eingebettet in die souveränen Institutionen des alten preußischen Staates. Ein Stück preußischer Partikularismus wurde somit ins Reich eingebaut – das war vielleicht Preußens verhängnisvollstes Vermächtnis für den neuen deutschen Nationalstaat.

Aber muss man dieses zweifelsohne wichtige Problem, muss man diesen Strukturfehler gleich zu einem *Sonderweg* stilisieren? Man kann ja den Begriff ‚Sonderweg‘ in Frage stellen, ohne die Besonderheiten der preußischen Entwicklung pauschal abzustreiten, ganz zu schweigen von der Rolle preußischer Faktoren in den Ereignissen des Jahres 1933. Problematisch an dem heuristischen Begriff ‚Sonderweg‘ ist meines Erachtens nicht so sehr der Hinweis auf das Besondere an einer bestimmten historischen Entwicklung, sondern die Metapher des ‚Weges‘. Denn indem wir uns für den *Sonderweg* entscheiden, verpflichten wir uns einer binären Hermeneutik, in der alles entweder als modern bzw. fortschrittlich oder als prämodern, rückständig oder gar reaktionär erscheinen muss. Aber nicht alle historischen Phänomene lassen sich eindeutig der einen oder der anderen Kategorie zuordnen, weil eben das Verhältnis zwischen dem ‚Modernen‘ und dem ‚Fortschrittlichen‘ manchmal höchst spannungsreich und paradox gewesen ist. Die mobilisierten Katholiken des Kulturkampfes, zum Beispiel, mögen einerseits vehemente Gegner der ‚Moderne‘ – wenigstens in ihrer liberalen Gestalt – gewesen sein, aber indem sie Parteien und Zeitungen gründeten, um ihre Sache voranzutreiben, indem sie sich auf dem Massenmarkt der politischen Ideen begaben, wurden sie

volens, sozusagen mittels einer List der Hegelschen Vernunft doch letzten Endes zu Instrumenten der politischen ‚Modernisierung‘. Und diese Mobilisierungs- und Modernisierungswelle hat unter Anderem die politische Landschaft Bayerns im zwanzigsten Jahrhundert zutiefst geprägt.

Problematischer jedoch als die Ambivalenzen und Widersprüche der Moderne ist meines Erachtens die Polarisierung der *Urteile*. Es entstand ein Zerrbild der preußischen Geschichte als Wechselspiel zwischen fortschrittlichen und rückständigen Kräften, ein Melodrama, gewissermaßen, in dem einmal die Guten, ein andermal die Bösen die Oberhand gewannen. Auf die Aufklärung folgte die Gegenaufklärung, auf die Reformära die Restauration, auf die Revolution vom Jahre 1848 das ‚Jahrzehnt der Reaktion‘, auf die Neue Ära die vermeintliche liberale Kapitulation vor Bismarck usw.

Das Problem mit derartig kontrastreichen und polarisierten Erzählstrukturen und ihrem dramatischen Chiaroscuro, ihrem ergreifenden Helldunkel, liegt darin, dass sie komplexe geschichtliche Prozesse radikal verkürzen, sozusagen als emblematische Konfrontationen zwischen entgegengesetzten historischen Prinzipien erscheinen lassen.

Heute ist die Autorität dieser Meistererzählung der preußischen Geschichte als Widerspiel von Licht und Schatten am Schwinden. An ihrer Stelle entsteht eine neue Geschichtsschreibung, die die Spezifik von Ort und Region, die Fragilität und Wandelbarkeit der Machtverhältnisse, die identitätsstiftende Kraft von Religion und Geschlecht, das Zusammenspiel zwischen Politik und Kultur mit einbezieht. Die neue Preußenforschung ist – wenigstens größtenteils – weder von nostalgischer Verklärung noch von ‚Zorn und Eifer‘ getragen. Sie kommt ohne stilisierte Kontrasteffekte aus, sie behandelt soziale und politische Konflikte nicht idealtypisch, sondern mit Hinblick auf ihre pragmatische Dimension, sie interessiert sich für epochenübergreifende Prozesse des Wandels, die die gängigen Periodisierungen fragwürdig erscheinen lassen. Damit werden nicht nur die Urteile der älteren Literatur revidiert, sondern die Konturen der Geschichte Preußens neu gezeichnet. Das geschah zum Teil weil die Archivforschung zu preußischen Themen in den letzten Jahren so mächtig vorangekommen ist, zum Teil aber auch, weil das Fenster, durch welches wir die Vergangenheit betrachten, auch ein Spiegel ist. Dass ich mein eigenes Buch über

Preußen ohne diese vielfältigen Impulse aus der neueren Forschung niemals hätte schreiben können, versteht sich von selbst.

Das heute entstehende Preußenbild ist also weniger scharf gezeichnet, aber dafür umso facettenreicher und komplexer strukturiert. Man könnte jetzt einwenden, dass die Preußenforschung damit einen großen Teil ihrer Daseinsberechtigung verliert. Was wird durch die Geschichte Preußens im achtzehnten und neunzehnten Jahrhundert überhaupt erklärt, wenn wir sie von dem epischen Paradigma des Sonderwegs, mit seinem Fluchtpunkt ‚1933‘ abkoppeln? Und was, könnte man fragen, sollte die Geschichte Preußens bewirken, wenn sie nicht mehr dazu dient, volkspädagogische Zwecke zu erfüllen? Das sind meines Erachtens aber - jedenfalls in dieser freilich zugespitzten Form – schwache Gegenargumente. Denn unsere Aufgabe als Historiker kann es ja nicht sein, die preußische Geschichte gänzlich von den nach wie vor wichtigen Fragen über die Ursprünge und Vorbedingungen der nationalsozialistischen Diktatur zu lösen; andererseits sollte der Sonderwegsgedanke - auch in einer abgemilderten Form – auch nicht allein bestimmen, was wichtig ist und was nicht, welche Fragen zu stellen sind und welche nicht. Denn das Paradigma ‚Sonderweg‘ verpflichtet uns, die historischen Subjekte immer nach ihrem fortschrittlichen (beziehungsweise reaktionären) Potenzial zu befragen, dabei gibt es so viele andere Fragen, die man stellen könnte und möchte: Fragen zum Glauben zum Beispiel, zu Bildung, zu Berufsethik, oder zur Identität.

Goethe sagte einmal: ‚wer länger als zehn Minuten unwidersprochen redet, erregt den Widerwillen seiner Zuhörer‘ – ich will also jetzt zum Schluss kommen. Aber was den letzten Punkt betrifft, die Identität: es ist wirklich auffallend, dass bislang erstaunlich wenig über die Identität der Preußen geschrieben worden ist. Wir wissen vergleichsweise viel über das Antipreußentum – ob es nun partikularstaatlich, politisch, konfessionell oder anderweitig motiviert war – aber wer waren denn eigentlich ‚die‘ Preußen und was bedeutete es für sie, Preußen zu sein? Die Schaffung ‚preußischer Untertanen‘ war ein langwieriger Prozess, der immer wieder ins Stocken geriet und der längst nicht abgeschlossen war, als Preußen sein formales Ende ereilte. Schließlich mussten immer wieder neue Bevölkerungsgruppen integriert werden, deren Loyalität erst gewonnen werden musste – wenn überhaupt. Gab es überhaupt *eine* preußische Identität? Und woraus speiste sie sich? Und warum blieb von dieser

Identität nach der Auflösung des preußischen Staatswesens so wenig übrig? Die neuere Forschung und die breitere Öffentlichkeit beschäftigen sich zunehmend mit diesen Fragen. Es sind, wie ich finde, wichtige Fragen. Und eben nicht nur für die Fachhistoriker und die Studenten. Denn die Möglichkeit, in ein zwar nicht unkritisches, aber doch vertrautes und ungezwungenes Verhältnis mit der Vergangenheit zu treten, ist nicht primär ein wissenschaftliches, sondern ein menschliches Bedürfnis. Ich danke Ihnen vom Herzen für diesen großzügigen Preis.